Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 73 (1981)

Heft: 7-8

Artikel: Die Gewerkschaftsbewegung in einer fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft

Autor: Rey, Jean-Noël

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355047

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Gewerkschaftsbewegung in einer fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft

*Jean-Noël Rey**

Mein Referat gründet einerseits auf einer Untersuchung, die ich in den Jahren 1974 und 1978 im Rahmen meiner Dissertation an der Universität Genf durchführte, andererseits auf der Überzeugung und den Erfahrungen eines aktiven Sozialdemokraten und Gewerkschafters. Mein Vortrag behandelt die Rolle der Gewerkschaft in einer industriellen Gesellschaft, wie die Schweiz eine ist.
In einem ersten Teil möchte ich versuchen, die verschiedenen Dimensionen der gewerkschaftlichen Rolle in unserer Industriegesellschaft darzustellen, um in einem zweiten Teil die Wirkung der sozioökonomischen Veränderungen auf die Gewerkschaftspolitik zu prüfen. Schliesslich werde ich versuchen, einige Schwerpunkte darzulegen, nämlich die Möglichkeiten der Ausdehnung und Bereicherung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.
Mein Exposé erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Sein Zweck ist einzig, eine Einführung in das Gebiet zu geben und eine breite Diskussion anzuregen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Über die Bilanz hinaus, die man über die Tätigkeiten des SGB und der Gewerkschaft im allgemeinen ziehen kann, stellt sich vor allem die Frage nach der Rolle einer Gewerkschaft in einer fortschrittlichen Industriegesellschaft.
Vergleicht man die traditionellen Funktionen einer Gewerkschaft, das heisst die Vertretung der direkten Interessen der Arbeiter, mit ihrer heutigen Tätigkeit, entdeckt man eine bereichernde Ausweitung ihres Tätigkeitsfeldes. Die verstärkte staatliche Intervention in die Wirtschaft und in die Gesellschaft im allgemeinen verleiht den wirtschaftlichen Schutzfunktionen und zum Teil auch der Solidarität unter den Gewerkschaften einen offiziellen Charakter.
Die Gewerkschaften üben ihren Einfluss auf die Wirtschaft durch die Lohnpolitik aus. Sie nehmen nunmehr an den Tätigkeiten der verschiedenen staatlichen Organen teil, die Ziele für die Gesamtgewerkschaft formulieren. Sie nehmen ihre Einflussmöglichkeiten sowohl als Interessengruppe wie auch als politischen Machtfaktor wahr. Die Gewerkschaften sind also zu einem Teil der staatlichen Mechanismen ge-

* Referat, gehalten am 28. Februar 1981 vor dem Vorstand des Gewerkschaftskartells Basel.

worden. Mit dieser Analyse sind alle Beobachter der Gewerkschaftstätigkeit einverstanden.
Sie unterscheiden sich jedoch in der Interpretation dieser Feststellung. Für die einen hat die öffentliche Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Integration in die kapitalistische Gesellschaft diese um die Rolle des Gesellschaftskritikers gebracht. Letztere sei ersetzt worden durch eine Politik, die in erster Linie darauf abzielt, das soziale Gleichgewicht und den politischen Status quo zu erhalten. Demgegenüber meinen andere, dass die Gewerkschaftsbewegung durch diesen Funktionswechsel ihre Rolle als Gesellschaftskritikerin nicht eingebüsst hat. Es führt nicht sehr weit, die Probleme so einfach darzustellen. Denn schon lange haben insbesondere marxistische Autoren die doppelte Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen nachgewiesen, das heisst die Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer einerseits und den Kampf für eine gesellschaftliche Veränderung andererseits.

Die Gewerkschaft als politische Institution

Aus dieser Sicht ist es angezeigt, den Problemkreis in weniger klassischen Worten zu umschreiben. Wir wollen die Gewerkschaftsbewegung der Reihe nach als politische Institution, als Verwalterin der Arbeitnehmerinteressen und schliesslich als Partnerin der Industriegesellschaft untersuchen. Betrachtet man die Gewerkschaft als politische Institution, muss man sich auf die pluralistischen Analysen der liberalen Autoren beziehen, die seit Tocqueville die Funktion der politischen Gesellschaft in den Dimensionen Gewicht und Gegen-Gewicht erklären. Dieses Spiel des Gleichgewichts zwischen organisierten Gruppen, welche die verschiedenen Interessen der Bürger repräsentieren, sichert den Ausgleich in der politischen Gesellschaft. Jedes organisierte Interesse ist auf dem politischen Markt vertreten, man muss diese nur funktionieren lassen, und der Staat verwaltet sich von selbst: Der Markt findet von Natur aus immer sein Gleichgewicht. Es ist dies sozusagen die direkte Anwendung der liberalen Wirtschaftstheorie auf die Politik. Der Auftritt der Gewerkschaften auf dem Markt bedeutet deren Anerkennung durch die anderen Gruppen und die Möglichkeit, die Interessen der Arbeitnehmer gleich zu gleich zu vertreten. Es zeichnet sich das Bild einer Gewerkschaft ab, die das Getto verlässt, in das sie durch ihre revolutionären Zielsetzungen gedrängt wurde, einer Gewerkschaft, die in das politische System Einzug hält, indem sie als politische Kraft handeln kann. In dieser Funktion nimmt sie an der Macht teil. Die Gewerkschaft wird von der politischen Macht konsultiert, sie hat ihren eigenen Zugang zum Parlament und zur Administration. Mit einem Wort: sie nimmt ihre Rolle als Interessengruppe gegenüber den politischen Behörden wahr. Dieser neue Status der Gewerkschaft trägt für die Arbeiterklasse ihre Früchte. Die Löhne werden erhöht, die Sozialversicherung ausgebaut – mit einem Wort, die Bedingungen der Arbeiter sind besser. Die Gewerkschaft gewinnt auch auf rein

politischer Ebene an Gewicht. Sie ist Teil des Räderwerkes des Staates, sitzt am Puls der Macht. Diese Rolle ermöglicht ihr die Führung der Arbeiterbewegung in einem Land wie die Schweiz, in dem die Arbeiterpartei eine sozialdemokratische ist. Die Gewerkschaft verteidigt die Interessen seiner Vertreter.

Die Gewerkschaft als Verwalterin der Arbeitnehmerinteressen

Diese Auslegung ist nicht ausreichend, da die Gewerkschaftsbewegung einer Gemeinschaftssituation und einer Idee entspricht, bevor sie eine Interessengemeinschaft ist. Die Gewerkschaft kann sich nicht anders verstehen als durch die Beziehungen zu den Arbeitnehmern. In diesem Sinn muss die Gewerkschaft als Verwalterin der Arbeitnehmerinteressen verstanden werden. Die Gewerkschaft ist vor allem eine Gruppe von Arbeitnehmern, vereinigt zu einem Kollektiv mit dem Ziel, ihre Interessen zu verteidigen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Das bedeutet, dass die Gewerkschaft in erster Linie darüber zu wachen hat, dass die Forderungen der Arbeitnehmer erfüllt werden. Die Integration der Gewerkschaften in das System hat es erlaubt, eine Anzahl von Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu befriedigen, speziell die quantitativen. In diesem Sinn hat die Gewerkschaftsbewegung ihre Mission erfüllt und ist zu einer Art Versicherung, um nicht zu sagen, zu einer Lebensversicherung geworden.

Zwei Phänomene haben jedoch dieses Modell gestört. Es ist dies zum einen die Ausdehnung der Rolle des Staates auf sozialem Gebiet. Früher verdankten die Gewerkschaften ihren Ruf ihrer Krankenversicherung, ihrer Pensionskasse und ihrer Arbeitslosenversicherung. Dies war die Grundlage ihrer Existenz. Heute hat der Staat in diesen Bereichen, allerdings in verschiedenem Ausmasse, legiferiert und den Gewerkschaften dadurch einen wesentlichen Teil ihrer Funktion genommen. Dies ist umso wichtiger, als die Gewerkschaft sich von einer Gewerkschaft der Klassen zu einer Gewerkschaft der Leistungen wandelte. Andererseits wurden die Beziehungen zwischen dem Gewerkschaftsapparat und den Mitgliedern immer schwieriger infolge des Dilemmas, in dem sich der Gewerkschaftsapparat befindet.

Dieses besteht darin, dass er einerseits den Forderungen der Arbeiter gerecht werden und andererseits die Spielregeln, das heisst den Integrationsrahmen beachten muss. Wenn die Gewerkschaft aber gezwungen wird, gewissen Forderungen der Arbeiter nicht nachzukommen und dadurch die Bedürfnisse einer Gruppe von Arbeitnehmern nicht zu befriedigen vermag, riskiert sie mittelfristig, ihren Kredit zu verlieren. Dies kann sich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen verschärfen, wenn Arbeitgeber Arbeitnehmern kündigen, ihre Betriebe schliessen oder die Produktionsstätten verlegen. In solchen Situationen ist die umfassende Risikoversicherung der Gewerkschaften eingeschränkt.

Die Gewerkschaft als Partnerin der Industriegesellschaft

Die Interpretation der Gewerkschaft als Verwalterin der Arbeitnehmerinteressen erlaubt es zwar, das gewerkschaftliche Verhalten aus einem speziellen Gesichtspunkt zu erhellen, erklärt aber nicht die Ursache dieses Verhaltens. Deshalb schlagen wir vor, die Betrachtung der Gewerkschaft auszuweiten und sie als Partnerin der Industriegesellschaft anzusehen.
Um die der Gewerkschaft in der fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft zugedachte Rolle zu verstehen, muss man wissen, dass sich die Gewerkschaft als Verteidigerin der Interessen der Arbeitnehmer einem seit ihrer Integration stark veränderten kapitalistischen System gegenübergestellt sieht. Sie sieht sich sehr grossen Pressionen seitens der Bürgerlichen im allgemeinen und der Arbeitgeber im speziellen ausgesetzt und wird durch die Einkommenspolitik in ihren Forderungen nach gerechtfertigten Lohnerhöhungen eingeschränkt und vorbestimmt. Diese Pressionen weisen auf eine verstärkte Erstarrung des Systems hin und sind Resultat der folgenden Faktoren:

- Die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts und die Notwendigkeit einer verstärkten Investitionsplanung;
- das wachsende Gewicht des gebundenen im Verhältnis zum verfügbaren Kapital, dies speziell in der hochtechnisierten Industrie;
- die wachsende Bedeutung der Amortisationen, Provisionen und finanziellen Kosten, die eine verstärkte Erstarrung in der Betriebsführung hervorrufen;
- die Verhärtung der internationalen Konkurrenz unter übermässig ausgerüsteten Betrieben auf einem in vermehrtem Masse offenen Markt.

Schon auf Betriebsebene veranlassen diese Faktoren das Kapital, die Arbeitskosten in den Programmen mittel- und langfristig im voraus festzulegen. Diese verstärkte Erstarrung geschieht nicht nur auf Betriebsebene, sondern auch auf der Ebene der wirtschaftlichen Strukturen. Diese Beobachtungen führten dazu, dass wir in einer fortgeschrittenen Phase der Industrialisierung der Gesellschaft auch eine neue Form der Gewerkschaft fordern müssen. Aufgrund ihrer traditionellen Funktionen ist die Gewerkschaft in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Eine Gewerkschaftsbewegung aber, die ihre Aufgaben ausdehnt durch die Teilnahme am globalen System, trägt zur Sicherung einer guten Wirtschaftslage bei. In diesem Sinn wird die Gewerkschaft zu einem Hauptpfeiler der Industriegesellschaft. Sie befriedigt die Bedürfnisse der fortschrittlichen Industriegesellschaft, indem sie die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer, die in den Betrieben ihren Ursprung hat, in Richtung der etablierten Konfliktregelungsverfahren lenkt. Sie kann auch dazu beitragen, die Konsequenzen der Anpassung der Wirtschaft an immer weiter entwickelten Technologien zu dämpfen, indem sie den Arbeitnehmern die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung erläutert.

Die technologische Entwicklung benötigt nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat, sondern auch diejenige mit den Gewerkschaften. Um gut funktionieren zu können, braucht die Industriegesellschaft die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind deshalb in unserer Gesellschaft zu unerlässlichen Partnern für das gute Funktionieren des Systems geworden.
Die Institutionalisierung der sozialen Konflikte und die gewerkschaftliche Integration dürfen aber nicht als Endphase der Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden. Sie stellen vielmehr eine historische Phase in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft dar.

Der Wendepunkt: die Veränderung

Muss sich an der Schwelle des XXI. Jahrhunderts und der postindustriellen Gesellschaft die Gewerkschaftsbewegung nicht als Partnerin der industriellen Gesellschaft nach ihrer Zukunft fragen, unter Berücksichtigung der im Gange befindlichen sozio-ökonomischen Veränderungen?
Wenigstens drei neue, wirtschaftliche Begebenheiten charakterisieren die heutige Zeit. Als erstes seien die Wirtschaftskrise und der industrielle Wiederaufbau genannt.
Nach einer Phase des übereiligen Wachstums mussten sowohl die industrialisierten als auch die Entwicklungsländer eine Phase der Rezession hinnehmen, die deutlich die Grenzen einer quantitativen, wirtschaftlichen Entwicklung aufzeigt, insbesondere die Beeinträchtigung der Umwelt, die Verknappung der Rohstoffe, die Energiekrise...
Wichtigstes Merkmal der Krise in der Schweiz war der plötzliche Rückgang des Bruttosozialproduktes (BSP) im Jahre 1974, und als Folge davon die Verminderung der Arbeitsplätze. Zwischen dem ersten Trimester 1974 und dem ersten Trimester 1976 nahmen die Arbeitsplätze um 300 000, das heisst um 10,8% ab. Nicht alle Arbeitnehmerkategorien wurden im gleichen Ausmasse betroffen.
Zu den am meisten betroffenen Wirtschaftszweigen gehören die Metallindustrie und das Metallhandwerk (23,2% weniger Arbeitsplätze), die Uhrenindustrie (35,7% weniger), das Baugewerbe und die Textilindustrie. Im öffentlichen Sektor beruht der leichte Rückgang auf dem Personalstopp, der Automatisation und Rationalisierung der Dienstleistungen. Zurzeit hat sich die Wirtschaftslage einigermassen verbessert, die mittel- und langfristigen Aussichten sind jedoch unsicher. Andererseits verstärkt der industrielle Wiederaufschwung die regionalen Unterschiede. Die Industriezentren werden zulasten der Randgebiete gestärkt. Diese Situation bringt die Gewerkschaften in ein Dilemma. In der Tat wird es für die Arbeitnehmerorganisationen immer schwieriger, die Erwartungen der Sozialpartner mit den Zielsetzungen der Basis in Übereinstimmung zu bringen.
Ein weiteres Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz ist die bedeutende Veränderung des Verhältnisses der in der Industrie,

dem Dienstleistungssektor und der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten Jahren. Im Jahre 1960 waren 49,6% der erwerbstätigen Personen in der Industrie, 39,2% im Dienstleistungssektor und 11,2% in der Landwirtschaft beschäftigt. 1979 war die Situation eine andere: 53% arbeiteten im Dienstleistungssektor, 39,6% in der Industrie und 7,4% in der Landwirtschaft.
Die Abnahme der Beschäftigten in der Industrie und die Zunahme im Dienstleistungssektor stellt die schweizerische Gewerkschaftsbewegung vor wichtige Probleme. In der Tat arbeiten die Gewerkschaftsmitglieder zur Hauptsache in der Industrie. Die Unternehmen des dritten Sektors, der das grösste Wachstum zu verzeichnen hat, wie zum Beispiel die Banken, die Versicherungen etc., verfügen über keine Arbeitnehmerorganisationen mit wirklichen gewerkschaftlichen Zielsetzungen. Wird die von qualifizierten Industriearbeitnehmern beherrschte schweizerische Gewerkschaftsbewegung in der Lage sein, die Rekrutierungsprobleme zu lösen?
Schliesslich muss auf die äusserst starke regionale Konzentration der Wirtschaft in der Schweiz hingewiesen werden. 65% des Wirtschaftspotentials ist auf 3% der Fläche unseres Landes konzentriert, das heisst auf das Dreieck Bern-Basel-Zürich. Die durch die starke Industrialisierung verursachte regionale Konzentration nimmt mit der Entwicklung des dritten Sektors weiter zu. Wie reagiert oder wird die Gewerkschaft darauf reagieren?
Auf der politischen Ebene vollzieht sich eine Ausweitung der Staatstätigkeit, in erster Linie durch die Übernahme gewisser Aufgaben, die früher von Privaten ausgeübt wurden, und schliesslich durch Verstärkung der wirtschaftlichen Funktionen des Staates.
Die Tätigkeit des Staates auf dem sozialen Gebiet hat ständig zugenommen, beginnend mit dem Fabrikgesetz im Jahre 1877, der Einführung der AHV im Jahre 1948 bis zur obligatorischen Arbeitslosenversicherung im Jahr 1977. Der Staat hat immer mehr in die traditionellen Bereiche der Gewerkschaften übergegriffen.
Auf dem Gebiet der Sozialversicherungen, zum Beispiel der Altersvorsorge, zeichnet sich eine Entwicklung ab, die den konventionellen Regelungen auf Branchen- oder Unternehmensebene bald keinen Platz mehr lässt. Im Bereiche der Wirtschaft hat die notwendige Konjunkturpolitik die Rolle des Staates verstärkt.
Heute mehren sich die Stimmen, die weniger Staat fordern. Es ist aber der Sozialstaat, viel mehr als der Wirtschaftsstaat, der von diesen Attakken betroffen ist. Wie soll die Gewerkschaft darauf reagieren? Wie soll sie sich dem Staat gegenüber verhalten? Auf diese Frage ist noch keine befriedigende Antwort gefunden worden.
Auf der Ebene der sozialen Veränderungen muss man vor allem der Arbeit der Frauen vermehrte Bedeutung einräumen. Die Frauen machen 33% der aktiven Bevölkerung aus. Trotz dieser grossen Beschäftigungsquote haben die Gewerkschaften Mühe, die Frauen zu rekrutieren. 1960 waren

12% der Mitglieder des SGB Frauen, 1972 nur noch knapp 8%. 1976, wie übrigens auch 1950, belief sich der Anteil auf 12%.
Ein Markstein in der Gewerkschaftspolitik, insbesondere in der schweizerischen Gewerkschaftspolitik, war zweifelsohne der massive Andrang ausländischer Arbeitnehmer auf den Arbeitsmarkt, der zahlreiche Probleme mit sich brachte. Die Initiative Schwarzenbach hat die tiefe Spaltung der Arbeitnehmer und die Ratlosigkeit der Gewerkschaften gefördert. Die Gewerkschaften leben in einem Dilemma. Sie sind mit sich widersprechenden Zielsetzungen konfrontiert, einerseits mit einer fortlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung und andererseits mit der Verringerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte. Dieser Interessenkonflikt gewinnt vor allem in einem Land an Bedeutung, in dem die Sozialpartner einen Waffenstillstand, einen auf sozialen Frieden gründenden wirtschaftlichen Wohlstand erreicht haben. Im heutigen Stadium der Entwicklung haben die Gewerkschaften Mühe, die ausländischen Arbeitskräfte zu organisieren. Die ausländischen Arbeitnehmer in der Schweiz tendieren darauf, eigene, von der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung unabhängige Verbände zu gründen und ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern direkt zu verteidigen.
Zusammenfassend muss man feststellen, dass sich in der schweizerischen Arbeitsklasse unter den beschriebenen Verhältnissen bedeutende Veränderungen vollzogen haben.
Die ausländischen Arbeitnehmer und die nur gering organisierten Frauen bilden eine neue Kategorie der Arbeitnehmer. Zudem entsteht mit der technologischen Entwicklung ein neuer Typus von Arbeitnehmern mit «weissen Kragen». Es ist für alle diese Kategorien charakteristisch, dass sie nur ein geringes Bedürfnis verspüren, den traditionellen Arbeitnehmerorganisationen beizutreten. Trotz den wichtigen Veränderungen haben die Gewerkschaften Mühe, ihre Strukturen, Gewohnheiten und Praktiken anzupassen oder gar zu verändern. Der Übergang von den auf die unteren Arbeitnehmerkategorien beschränkten Gewerkschaften in diejenige des Industrieprinzips (d. h., dass alle in einer Unternehmung Beschäftigten der Gewerkschaft angehören) ist schwierig. Die Strategie der Gewerkschaften ist immer noch gezeichnet vom Kampf für die unmittelbaren Interessen der in der traditionellen Industrieproduktion beschäftigten Arbeitnehmer. Die Krise und die Neustrukturierung der Wirtschaft zwingen die Gewerkschaften, zur Erhaltung des Erworbenen eine defensive Strategie zu führen. Oder haben die Gewerkschaften eine offensive und globale Strategie, mit der sie den sich vollziehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen begegnen können?

Was tun?

Wie soll man unter diesen Bedingungen handeln? Soll sich die Gewerkschaft auf ein konservatives Verhalten beschränken, um das Erworbene zu erhalten, oder sich erneut auf den Klassenkampf festlegen?

Meiner Ansicht nach muss der Autonomieverlust der Gewerkschaftsbewegung durch den Kampf für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in den Unternehmen wettgemacht werden. Es geht um den Kampf für die industrielle Demokratie, der eine echte Antwort auf die Herausforderung der fortgeschrittenen Industriegesellschaft darstellt. Es ist dies ein Kampf um die Kontrollbefugnisse der Arbeiter, um die Verwaltung und Selbstverwaltung, um eine Macht, die von der Werkstatt ausgeht, auf der Ebene der Unternehmen und Branchen weiterführt, um schliesslich die gesamte Wirtschaft zu umfassen. Durch diesen Kampf wird sich die Arbeiterklasse ihrer Abhängigkeit und schliesslich der Notwendigkeit von Strukturreformen bewusst werden.
Richard Müller, Präsident des SGB, hat dazu folgendes ausgeführt: «Auf die Dauer werden die schweizerischen Gewerkschaften zusammen mit den linken Parteien ihre friedliche Haltung der Wirtschaft und dem Bürgertum gegenüber nicht durchhalten können. Die Geduld wird sich erschöpfen. Bereits heute ist Druck von der Basis, sei es in den Gewerkschaften, sei es in der sozialdemokratischen Partei, deutlich spürbar. Die Verwirklichung der Mitbestimmung als Schritt in Richtung einer emanzipierten Gesellschaft, in der Demokratie nicht am Fabriktor aufhört, in der, im Gegenteil, die Arbeit dem Kapital gleichgestellt ist, lässt sich nicht mehr lange aufschieben. Die Mitbestimmung ist eine Machtfrage: Die Arbeiterbewegung will an der Wirtschaftsmacht partizipieren, so wie sie an der politischen Macht bereits partizipiert. Allzuviel wird in zunehmendem Masse vom wirtschaftlichen Geschehen her diktiert, als dass sich die Arbeiterbewegung auf Mitbestimmung im politischen Bereich beschränken könnte. Wesentliche Sachzwänge, die das politische Geschehen steuern, gehen von wirtschaftlichen Prozessen aus. Wirkliche Demokratie ist deshalb nur möglich, wenn sie auch die Wirtschaft erfasst. Wer sich heute gegen die Mitbestimmung wehrt, wehrt sich im Grunde genommen gegen eine historische Selbstverständlichkeit – wie sie das allgemeine Wahl- und Stimmrecht sowie das Frauenstimmrecht darstellen».
Wir werden wahrscheinlich einer Veränderung der Gewerkschaftspolitik beiwohnen, die über die einfache Aushandlung von materiellen Forderungen hinausgeht und sich für eine grundlegende Änderung der Lage der Arbeiter einsetzt, indem sie für die Kontrolle über die Unternehmen kämpft. Eine solche Entwicklung ist nicht aufzuhalten.
Nachdem wir das Problem einer Gewerkschaftsstrategie dargestellt haben, scheint es uns nützlich zu sein, nach den Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften im allgemeinen und des SGB im speziellen zu fragen. Es muss zwar festgestellt werden, dass die wirkliche Macht des SGB beschränkt ist. Er beschäftigt sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die alle Arbeitnehmer interessieren. Er äussert sich im Vernehmlassungsverfahren. Er gibt die Parolen zu eidgenössischen Volksabstimmungen heraus. Er hat einen Pressedienst. Er erfüllt seine Aufgabe im Interesse der Arbeitnehmer. Die sieben Sekretäre des SGB

(auf 460 000 Mitglieder) sind ausgezeichnete Spezialisten in ihren Fachgebieten. Im Vergleich zu den ihnen zur Verfügung stehenden, beschränkten Mitteln erfüllen sie eine beträchtliche Aufgabe.
Aufgrund seiner föderalistischen Strukturen, denjenigen des Bundesstaates zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts nachgezeichnet, ist der SGB für die Gewerkschaften nicht das, was der VORORT für die Industrie ist. Jeder Verband hält an der totalen Autonomie fest, wie die Kantone vor der Verfassung von 1848.
Ist dieser absolute Föderalismus den Herausforderungen des zu Ende gehenden Jahrhunderts noch gewachsen? Die Kantone haben im gemeinsamen Interesse Macht an den Bund abgetreten. Die Gewerkschaftsverbände bestehen aber eifersüchtig auf ihrer Macht! Ohne Anhänger eines nivellierenden Zentralismus zu sein, muss man doch feststellen, dass eine Stärkung des SGB der Gewerkschaftspolitik eine bessere Kontinuität verleihen könnte.
Ein weiteres Problem besteht darin, dass nur knapp 40% der schweizerischen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind. Ganze Sektoren, in denen die Arbeitnehmer oft stark ausgenützt werden (z. B. Verkäufer, Hotel- und Restaurantpersonal, landwirtschaftliche Arbeitnehmer usw.), werden nicht systematisch erfasst. Es scheint, dass der SGB auf diesen Gebieten eine dynamischere Rolle spielen könnte. Wenn nötig mit Hilfe verstärkter kantonaler Kartelle.
Was geschieht im dritten Sektor, demjenigen der Banken, Versicherungen, auf dem Gesundheitswesen, bei der Lehrerschaft? Findet man im neuen SGB-Programm etwas zu dieser Entwicklung?
Eine wichtige Feststellung beschäftigt mich: der Gewerkschaftspluralismus. Welche Energie wendet man auf, um sich gegenseitig die Mitglieder abzuwerben, während es doch für die Arbeitnehmer nützlicher wäre, diese Energie für die Vertretung ihrer Interessen einzusetzen! Dies umso mehr, als sich die verschiedenen Ideologien verhärten.
Gegenüber einer vereinten Arbeitgeberschaft kämpfen die Arbeitnehmer auf verschiedenen Ebenen. Die vergangenen und heutigen Kämpfe waren nicht immer vom Erfolg gekrönt. Zwei Beispiele verdienen es, erwähnt zu werden: der Misserfolg der gewerkschaftlichen Mitbestimmungs-Initiative und das Nicht-Zustandekommen der Initiative für die 40-Stunden-Woche.
Liegt der Grund nicht im unterschiedlichen Willen der Basis und der Gewerkschaftsspitze? Besteht nicht die Tendenz, «oben» Initiativen zu ergreifen, ohne sich um die «unten» herrschenden Meinungen zu kümmern?
Es trifft zwar zu, dass die allgemeine Apathie, das geringe Interesse der Mitglieder für die Tätigkeiten des Gewerkschaftsbundes zu dieser Entwicklung beitragen (nur 10–30% Teilnehmer an den Versammlungen). Wenn die Mitglieder ihre Wünsche nicht mitteilen oder mit ihrem Schicksal zufrieden zu sein scheinen, begnügen sich die Verantwortlichen nicht mit Untätigkeit und haben die Tendenz, Initiativen zu ergreifen!

Es ist jedoch notwendig, über die Ursachen der Misserfolge nachzudenken. In einer wahren Demokratie müssen die Anregungen von unten nach oben und nicht von oben nach unten gehen. In diesem Sinne halte ich es für notwendig, die Gewerkschaftskartelle zu stärken, die im Rahmen des SGB eine wesentliche Bildungs- und Informationsfunktion erfüllen.
Ich postuliere schliesslich eine Stärkung des SGB und seiner Kartelle. Der SGB hat eine Strategie, die Mitbestimmng. Sie muss nun ihre politischen Mittel ergreifen.